

Esser: „Kein Druck auf Grüne ausgeübt“

Irritationen wegen Abstimmungsverhalten in Sachen Kali-Stellungnahme im Stadtrat

VON SEBASTIAN KNOPPIK

SARSTEDT. Für einige Irritationen hat das Abstimmungsverhalten von Rot-Grün im Sarstedter Stadtrat in Sachen Kali-Stellungnahme ausgelöst. Viele wunderten sich, dass die Grünen dabei gegen die Anträge der CDU stimmten. Dabei hatte CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior sich doch für stärkere Auflagen eingesetzt, die auch die Grünen gefordert hatten.

„K+S muss alle Möglichkeiten ihres Rückstandmanagements ausschöpfen, um eine neue Halde zu vermeiden“, hatten die Sarstedter Grünen in ihrer eigenen Stellungnahme zum Kalibergwerk erst Ende April formuliert. „Die geplante Wiederinbetriebnahme des Bergwerkes Siegfried-Giesen birgt eine Reihe von

Risiken für Umwelt und Anwohner“, ließ sich Grünen-Ratscherr Marcel Duda damals zitieren: „Aus ökologischer Sicht ist besonders die geplante neue Abraumhalde problematisch, da sie zu einer Verzalzung der Innerste führen könnte.“

In der mit der rot-grünen Mehrheit einen Monat später im Stadtrat verabschiedeten Stellungnahme heißt es zu dem Thema, dass geprüft werden soll, „ob durch Änderungen im Rückstandsmanagement das Volumen des Haldenkörpers minimiert werden kann“. Der CDU-Antrag hingegen ging noch weiter. Bergwerksbetreiber K+S sollte verpflichtet werden, gar keine Halde anzulegen, „soweit dies nach Auffassung unabhängiger Gutachter technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist“.

Dennoch stimmten die Grünen mit ih-

rem Gruppenpartner SPD gegen den Antrag sowie gegen weitere Anträge der CDU, bei denen es teilweise ebenfalls um weitergehende Auflagen für Bergwerksbetreiber K+S ging. Grünen-Fraktionschef Harald Sandner will sich zu dem Thema gar nicht öffentlich äußern. Er verwies auf Anfrage lediglich auf die Gruppenvereinbarung zwischen SPD und Grünen. „Die Gruppe wird im Rat der Stadt Sarstedt und in seinen Ausschüssen grundsätzlich einheitlich abstimmen“, heißt es darin.

Dabei sollen die Ratsmitglieder eigentlich „nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl geleiteten Überzeugung“ handeln. So steht es jedenfalls im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz. „Sie sind nicht an Verpflichtungen gebunden, durch die

die Freiheit ihrer Entschließung als Mitglieder der Vertretung beschränkt wird“, heißt es dort weiter.

Philipp Wedelich, Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, will sich konkret zu der Sarstedter Konstellation nicht äußern. Grundsätzlich gelte aber, dass Fraktionszwang nicht ausgeübt werden darf. Ein Ratsmitglied unterwerfe sich mit dem Beitritt zu einer Fraktion aber einer freiwilligen Fraktionsdisziplin, so Wedelich: „Wenn diese Disziplin den Abgeordneten aus seiner Sicht in seiner freien Mandatsausübung eingeschränkt, hat er die Möglichkeit, aus der Fraktion austreten. Die freie Mandatsausübung bleibt also auch insoweit gewahrt.“

Dr. Karl-Heinz Esser, Chef der SPD-Fraktion und der rot-grünen Mehrheits-

gruppe, will nichts davon wissen, dass Druck auf die Grünen ausgeübt wurde. „Ich glaube nicht, dass eine von den Bürgern gewählte Fraktion sich von der SPD unter Druck setzen lässt“, sagt Esser. „Wir haben uns in mehreren Gruppensitzungen sehr intensiv mit dem Entwurf beschäftigt“, sagt Esser.

In Sachen Halde habe man sich schließlich auch „mit den Grünen“ für eine „schärfere Formulierung“ entschieden. Diskutiert wurde offenbar hinter den Kulissen intensiv. Dass die SPD gedroht habe, die Koalition aufzukündigen, wenn die Grünen sich nicht der Fraktionsdisziplin unterwerfen, ist aber laut Esser nur ein Gerücht. „Es gab keine Andeutungen in die Richtung“, sagt Esser: „Mir sind zumindest keine bekannt.“